Bielefelder Volks-Zeitung

Beilagen: „Unterhaltungsblatt" und „Praktischer Ratgeber".

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis: 1 M. 25 Pfg., durch den Postboten ins Haus gebracht 1 M. 67 Pfg. vierteljährlich, mit „Illustriertes Sonntagsblatt" 35 Pfg. mehr. Anzeigen kosten 15 Pfg. die Petitzeile oder deren Raum, Reklamen à Zeile 50 Pfg.

Nr. 27. Fernsprecher in Bielefeld: Nr. 845. „ „ Beckum: „ 12. Freitag, den 3. Februar Fernsprecher in Oelde: Nr. 11. 1905.

Hierzu für die betreffenden Abonnenten das „Illustrierte Sonntagsblatt".

Bestellungen

auf diese Zeitung für die Monate Februar und März werden von allen Postanstalten, Landbriefträgern, unseren Agenten und Boten, sowie von der Expedition zu 2/3 des am Kopfe des Blattes vermerkten Preises entgegengenommen und die bereits erschienenen Nummern nachgeliefert.

Politische Uebersicht.

Die **neuen Handelsverträge** sind vom Bundesrat einstimmig angenommen worden und gehen nunmehr an den Reichstag, wo ihre Annahme ebenfalls sicher ist. Sie sind im allgemeinen der Landwirtschaft günstiger als der Industrie, was natürlich unsere bündlerischen Agrarier nicht hindert, so laut als möglich in die Welt zu schreien, daß die Landwirtschaft nunmehr verraten und verkauft ist. Für die vorwiegend Viehzucht treibenden Landwirte unseres Leserkreises ist es von großem Vorteile, daß der Zoll für Futtergerste noch um 70 Pfg. pro Doppelzentner billiger wird als bisher, wodurch eine schädliche Wirkung der Erhöhung des Maiszolles vermieden wird. Die Agitation der Landwirte des Kreises Warendorf gegen die Erhöhung der Zölle auf Futtermittel hat also einen guten Erfolg gehabt. Die Sache lehrt wieder, daß unsere Landwirte mitunter gut daran tun, wenn sie nicht zu allem Ja und Amen sagen, was große Berufsvereine für unfehlbare agrarische Weisheit ausgeben.

Der **Bergarbeiterausstand** im Ruhrgebiet steht in der Hauptsache noch auf dem alten Fleck. Die Regierung gibt sich andauernd redliche Mühe, den Frieden herbeizuführen. Da dies wegen des Widerstandes der Zechenbesitzer durch Verhandlungen nicht zu erreichen war, hat sie bekannt gegeben, daß sie die Einbringung einer Novelle zum preußischen Berggesetze beabsichtige, wodurch den wichtigsten Beschwerden der Bergleute abgeholfen werden solle. Der Kaiser selbst nahm an der Sitzung des Staatsministeriums teil, in der die Einzelheiten beraten wurden. Die Regierung hatte gehofft, die Bergleute würden sich durch die Ankündigung der Vorlage zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen lassen. Ende voriger Woche wurde abermals eine Ministerialkommission unter Führung des Oberberghauptmanns v. Velsen in das Ruhrgebiet geschickt, um mit der Siebener-Kommission der Arbeiter über deren Beschwerden zu verhandeln. Sechs verschiedene Kommissionen sollen die Zechen inspizieren und die Beschwerden der Bergleute prüfen. Bei den Verhandlungen soll die Belegschaft 3 Mitglieder stellen; ebenso sollen Vertreter der Zechenverwaltungen hinzugezogen werden. Die Arbeiter wünschten u. a. noch, daß eine Anstellung von Grubenkontrolleuren aus den Reihen der Bergleute in das Gesetz aufgenommen werden möchte, es scheint aber, daß die Regierung sich darauf nicht einlassen will. Auf die Anregung, die Arbeit wieder aufzunehmen, erklärte die Kommission der Bergarbeiter, daß man gern auf Friedensverhandlungen eingehe, wenn nur irgendwelche Bewilligungen seitens der Zechenverwaltungen in Aussicht stünden und man vor Maßregelungen sicher sei. Die Herren Zechenbesitzer machen aber immer noch keine Miene zum Entgegenkommen, sie spielen sich vielmehr als die Hüter von Autorität und Monarchie auf, die durch die Arbeiter gefährdet seien. Besonders schroff tritt der Scharfmacher-Standpunkt hervor in einer Schrift des Geschäftsführers des Bergbaulichen Vereins, Bergmeisters Engel, der überall Sozialdemokratie und Umsturz wittert, sich nach einem Zuchthausgesetze sehnt und der Presse am liebsten verbieten möchte, gegen die Zechenbesitzer etwas zu sagen. Das ist lächerlich, aber leugnen läßt sich nicht, daß die Arbeiter in ganz niederträchtiger Weise verhetzt werden, und das nicht aus Arbeiterfreundlichkeit, sondern um die Arbeiter für eine Partei oder für eine Zeitung einzufangen. Besonders die Sozialdemokraten leisten in der Hetze zum Zwecke des Stimmen- und Abonnentenfanges Unglaubliches. Da die Bergleute bei der Haltung der Regierung und der Mehrheit der Volksvertretung die Gewißheit haben, daß ihren Hauptbeschwerden auf gesetzlichem Wege dauernd abgeholfen werden wird, würde es ihnen nicht schlecht anstehen, wenn sie die unter ungesetzlichem Kontraktbruch verlassene Arbeit jetzt wieder aufnähmen. Treiben sie die Sache auf die Spitze, so dürften sie die Sympathien, die ihnen jetzt fast allgemein entgegengebracht werden, bald verlieren.

In **Oesterreich** nimmt das Abgeordnetenhaus einstweilen die Miene an, als wolle es endlich positive Arbeit leisten. Die tschechisch-radikalen Dringlichkeitsanträge, die der Obstruktion dienen sollten, wurden durch Ablehnung der Dringlichkeit rasch bei Seite geschoben und dann unter allgemeiner Begeisterung zur Beratung der Notstandsvorlage geschritten.

In **Ungarn** haben die Neuwahlen, die die Opposition und Obstruktion zerschmettern sollten, der Regierung und den Liberalen eine schwere Niederlage gebracht. Die Liberalen verlieren gegen 60 Sitze, die Kossuthpartei ist jetzt die stärkste. Wenn so etwas in einem Lande geschehen konnte, wo das Wahlrecht sehr beschränkt und die jeweilige Regierung gewohnt ist, durch rücksichtslosen Druck, Gewalt und Betrug das Wahlergebnis nach ihren Wünschen zu gestalten, so muß man gestehen, daß die Bestrebungen der Unabhängigkeitspartei eine für den Bestand der Monarchie höchst gefährliche Sympathie im Lande gefunden haben. Die Parole dieser Partei ist „Los von Oesterreich". Ungarn droht also einer schweren Krisis entgegenzutreiben. Die nichtmagyarischen Nationalitäten könnten zwar ihrer Volkszahl nach die Zertrümmerer der habsburgischen Monarchie im Zaume halten, aber es fehlt ihnen an politischer Energie, an Einheit und an geeigneten Führern, und so lassen sie sich von der magyarischen Minderheit knechten und terrorisieren, so daß es aussieht, als gäbe es in Ungarn nur Magyaren. Das Ministerium Tisza hat angesichts des Wahlergebnisses seine Entlassung nachgesucht. Das Wahlergebnis kann auch für den deutsch-österreichischen Handelsvertrag verhängnisvoll werden.

In **Frankreich** hat das Ministerium Rouvier sich am Freitag voriger Woche der Kammer vorgestellt. Sein Programm ist dem Wortlaut nach das des Ministeriums Combes. Es erhielt auch mit 370 gegen 99 Stimmen ein Vertrauensvotum. Aber trotz aller Mahnung zur Eintracht unter den Republikanern ist es mit dem Zusammenhalten des „Blocks" doch vorbei. Die Regierungserklärung fand mehr Beifall auf der Rechten (allerdings war das zumeist nur Demonstration und Taktik) als auf der Linken, und 34 Sozialisten und Sozialistisch-Radikale stimmten gegen das Ministerium, während 69 Mitglieder dieser beiden Parteien sich der Abstimmung enthielten. Die Vorgänge in Rußland haben auf der Linken die Begeisterung für den „Alliierten" stark abgekühlt, deshalb waren Sozialisten und Radikale sehr entrüstet, als die Regierungsvertreter, insbesondere Delcassé, das Bündnis mit dem „Zarismus" im Interesse Frankreichs verteidigten. Wenn die Regierung auch an dem Programm der Trennung von Kirche und Staat festzuhalten erklärt, so wird sich vielleicht doch bald ergeben, daß auch in diesem Punkte zwischen ihr und einem Teile des alten Blocks erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Daß die sozialen und sonstigen Reformen, die auch dieses Ministerium wieder verspricht, durchgeführt werden, glaubt kein Mensch.

In **Rußland** hat nach den blutigen Vorgängen in Petersburg die Ausstandsbewegung unter den Arbeitern in allen Groß-Industriestädten gewaltig zugenommen. In Petersburg ist unter der Militärdiktatur des Generals Trepow nach amtlicher Versicherung „alles ruhig". Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und der bewaffneten Macht scheinen dort ja auch weiter nicht mehr vorgekommen zu sein. Angeblich wird die Arbeit mehr und mehr wieder aufgenommen. Durch öffentliche Erlasse mit allerlei sozialen Versprechungen sucht Trepow die Arbeiter zu beruhigen und die Führer bei ihnen zu diskreditieren. Auch der hl. Synod hat eine Kundgebung gegen die Streikenden erlassen, denen er Frechheit vorwirft, wie der Zar den Semstwos. Offiziös wird feierlich versichert, die Einsetzung Trepows als Generalgouverneur werde im Auslande falsch beurteilt; sie bedeute keine Reaktion. Das Ministerkomitee, das die versprochenen Reformen vorbereiten sollte, hat ihm gegenüber aber bereits abgedankt. Einen Vorschlag Wittes, die Ursachen der jüngsten Ereignisse zu erforschen und Maßnahmen gegen ihre Wiederholung zu treffen, lehnte es glatt ab, weil es nicht zuständig sei. In den Kreisen der gebildeten Bevölkerung hat die Berufung Trepows auch große Erbitterung hervorgerufen. Es muß anerkannt werden, daß trotz der blutigen Vorgänge vom 22. Januar noch ein unerwarteter Freimut in diesen Kreisen herrscht. Der Rat des Polytechnischen Instituts, der Vorstand der Bergbau-Akademie und der Vorstand des Instituts für Zivilingenieure in Petersburg haben ihre Entrüstung über die Menschenschlächterei und ihre Sympathie mit den Getöteten ausgesprochen. Der Stadtrat bewilligte, ebenfalls unter dem Ausdruck der Entrüstung, 25 000 Rubel für die Geschädigten. Und alles das, wiewohl Trepow eine große Anzahl namhafter Persönlichkeiten, darunter den Dichter Gorki, hat verhaften lassen und augenscheinlich nicht gerade milde mit ihnen umzugehen gedenkt. Außerhalb Petersburgs streiken viele Hunderttausende von Arbeitern in Moskau, Riga, Reval, Libau, Warschau, Lodz, Helsingfors, Saratow usw. Nach der Darstellung der Regierung handelt es sich bei diesen Streiks nicht um politische, sondern nur um soziale und wirtschaftliche Forderungen. Die große Mehrzahl der Arbeiter wird wohl überhaupt nicht wissen, was sie will, aber ihre Hintermänner verfolgen ohne Zweifel in erster Linie politische Zwecke. Leider kam es bei diesen Streiks verschiedentlich wieder zu blutigen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht. In Riga wurden am 25. Januar bei einem solchen Zusammenstoße nach amtlichen Angaben, die aber ohne Zweifel hinter der Wirklichkeit weit zurückbleiben, 42 Tote, darunter 2 Frauen u. 60 schwer Verwundete, gezählt. Eine große Schlächterei nach dem Muster der Petersburger gab es am Sonntag in Warschau. Dort soll die Zahl der Toten und Verwundeten 160 betragen, ist aber wahrscheinlich weit höher. Allerdings scheinen hier die streikenden Arbeiter große Ausschreitungen, Plünderungen usw. begangen zu haben. Auch in anderen Städten kamen Ausschreitungen vor. In Saratow kam es zu einem Zusammenstoße zwischen Kosaken und Schülern höherer Lehranstalten. Wie die ganze Bewegung enden wird, ist noch nicht abzusehen. Möglicherweise wird nächstens berichtet werden können, daß „alles ruhig" ist. Aber das Verlangen nach Reformen läßt sich durch kein Säbelregiment mehr zum Schweigen bringen. Verschiedene Semstwos haben noch neuerdings gegen die Bureaukratie und Sklaverei protestiert und frei gewählte Vertreter des Volkes gefordert. In Moskau hatten die Behörden in öffentlichen Anschlägen dreist und keck behauptet, Japaner und Engländer hätten die jüngsten Unruhen angestiftet. In Libau geschah ähnliches. Dagegen legte der englische Botschafter Protest ein, und die Regierung beeilte sich, die „Ungehörigkeiten" zu verurteilen. Der hl. Synod wiederholt aber die Behauptung, daß japanisches Geld die Unruhen verschuldet habe. — Im Auslande, in Paris, Rom, Madrid, Kopenhagen, Prag usw. wurden vielfach Kundgebungen gegen die russische Regierung veranstaltet, namentlich von sozialistischen und radikalen Elementen. In Paris wurde sogar mit Bomben demonstriert. Vor dem Hotel des Fürsten Teubetzkoi wurde eine Bombe entdeckt, ehe sie explodiert war. Am Montag Abend wurde nach einer von Sozialisten veranstalteten Versammlung, in der gegen die Vorgänge in Petersburg protestiert wurde, auf der Straße unter eine Gruppe von Polizisten und Nationalgardisten eine Bombe geschleudert, durch die zwei Nationalgardisten und mehrere andere Personen verwundet wurden.

Auf dem **ostasiatischen Kriegsschauplatze** geht es neuerdings wieder etwas lebhafter zu. General Kuropatkin ergriff auf seinem rechten Flügel die Offensive und berichtete alsbald über einige Erfolge, Einnahme verschiedener Dörfer usw. Die russische Presse sprach schon wieder von einer Wendung der Dinge. Der Mittelpunkt der Kämpfe war das Dorf Sandepu (Tschentjapao). Die Japaner behaupteten aber, sie hätten die Russen dort zurückgeschlagen. Diese haben tatsächlich auch das von ihnen besetzte Sandepu wieder verlassen und schließlich alle bei der „Offensive" eingenommenen Stellungen wieder geräumt. Nach japanischen Angaben betrug in den Kämpfen der Verlust der Japaner 5000, der der Russen 10000 Mann. Die Japaner gingen nach Zurückweisung der Russen zum Gegenangriff über, wurden aber durch Kälte und Schneetreiben an den Operationen stark behindert.

Tages-Ereignisse.

Deutschland. □ Berlin, 1. Febr. Im Reichstag brachte der Reichskanzler Graf Bülow am Mittwoch die Handelsverträge ein und begleitete die Einbringung mit einer einstündigen Rede, in welcher er den Standpunkt der Regierung verteidigt, den sie bei dem Zustandekommen der Handelsverträge eingenommen habe. Die Ausführungen des Reichskanzlers bestanden zum großen Teil aus einer Wiederholung der in der offiziösen Presse bereits gemachten Mitteilungen über die Zollhöhe der wichtigsten Positionen sowie der Zugeständnisse, welche Deutschland an die Vertragsstaaten hat machen müssen. Der Grundgedanke seiner Ausführungen war der, daß bei den Handelsverträgen man von dem Gedanken hätte ausgehen müssen, daß der Landwirtschaft, welcher beim Abschluß der alten Handelsverträge wesentliche Nachteile zugefügt worden seien und die infolgedessen im Gegensatz zur aufblühenden Industrie in eine kritische Lage gekommen sei, durch neue Verträge ein Aequivalent dafür geboten werden müsse. Neu in den Ausführungen des Reichskanzlers war, daß die Kündigung der alten Handelsverträge unterlassen worden ist, weil die verbündeten Regierungen eine Koalition der anderen Staaten gegen Deutschland befürchtet haben, mit dem Zwecke, Deutschland hohe Industriezölle aufzuoktroyieren und ihrerseits Minimalzölle abzulehnen, und daß ferner die neuen Handelsverträge am 15. Februar 1906 in Kraft treten sollen. Die

Ausführungen des Reichskanzlers waren stellenweise von Zustimmungen der Rechten begleitet, begegneten aber, namentlich soweit sie die Behandlung der Industrie betrafen, auf der linken Seite des Hauses stellenweise einem scharfen Widerspruch. Nach der Rede des Kanzlers trat das Haus in die Tagesordnung ein und erledigte zunächst ohne besondere Debatte den Etat für Südwest-Afrika. Hierauf begann die 2. Beratung des Reichsamtes des Innern, und zwar mit den Resolutionen zum Bergarbeiterstreik. Eine sozialdemokratische Resolution will die Vorlegung eines Reichsberggesetzes, durch welches Arbeiterausschüsse eingesetzt, die Schichtdauer festgelegt und das Wagennullen verboten verboten werden soll. Eine Resolution der Nationalliberalen wünscht, daß die arbeitsstatistische Kommission eine Untersuchung über die Verhältnisse im Kohlenbergbau Deutschlands erheben soll. Erstere Resolution wurde von dem Abg. Sachse begründet. Aus seinen Ausführungen verdient hervorgehoben zu werden, daß die Arbeiter die Arbeit so lange nicht aufnehmen würden, als von seiten der Zechen verbindliche Versprechungen nicht vorlägen. Die nationalliberale Resolution wurde durch den Abg. Semler begründet, der die Hoffnung aussprach, es würden die Zechenbesitzer durch Entgegenkommen an die Arbeiter die preußische Berggesetznovelle überflüssig machen. Der Schwerpunkt der Debatte lag in der Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, daß er das preußische Gesetz für notwendig erachte, und daß der Handelsminister Möller ihm erklärt habe, er werde alle Kräfte daran setzen, das Gesetz sobald wie möglich dem Abgeordnetenhause vorzulegen. In besonders nachdrücklicher Weise erkannte der Staatssekretär das musterhafte Verhalten der Arbeiter an u. bezeichnete die Nachrichten von den Angriffen auf Arbeitswillige als übertrieben. Materiell äußerte er sich zu den Anträgen dahin, daß die preußische Regierung auf dem Standpunkte stehe, daß die Materie Landessache sei.

— Die **„Konservative Korrespondenz"**, bekanntlich das offizielle Organ der konservativen Partei, erklärt offen, man könne wohl sagen, daß die Landwirtschaft alle Ursache habe, mit dem neuen Vertragswerke zufrieden zu sein.

Darmstadt, 2. Febr. Heute erfolgte die feierliche Trauung des Großherzogs und der Prinzessin von Salms.

Frankreich. Paris, 2. Febr. **Bei dem Bombenanschlag** in der Rue de la République in Paris scheint es sich um einen Ulk zu handeln. Die Untersuchung im städtischen Laboratorium ergab, daß die gefundene Bombe nur Kohlen enthielt; eine schwarz gefärbte Schnur markierte die Zündschnur; der in der Avenue de la République verhaftete Italiener Barbi ist wieder entlassen.

Zu den Unruhen in Rußland.

Warschau, 31. Jan. „Warschawsky Dnewnik" teilt mit: Am 27. Januar nahmen die Arbeiter in den hiesigen Fabriken die Arbeit zur gewöhnlichen Zeit wieder auf, legten sie aber bereits um 7 Uhr morgens nieder. Die Ausständigen drangen gruppenweise in andere Fabriken ein, wo auf ihre Aufforderung gleichfalls die Arbeit niedergelegt wurde. Durch Gerüchte über einen drohenden Ausstand entstand unter den Bürgern eine Panik, da man Mangel an Lebensmitteln und Wasser befürchtete. Die Bäckereien waren bald ausverkauft. Auf den Straßen wurden Wagen mit Brot ausgeraubt. Um 3 Uhr nachmittags wurde in den meisten Fabriken die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter durchzogen die Straßen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren Polizei und Militär aufgeboten; alle Branntweinbuden wurden geschlossen. Um 4 Uhr nachmittags versammelten sich etwa 1000 Arbeiter an der Cholodnastraße, schleuderten Steine, feuerten auf die Polizei, welche einzelne Schüsse abgab, wodurch zwei Ausständische getötet wurden. Bei dem Anrücken des Militärs zerstreute sich die Menge. Die Menge versuchte, 6 Verhaftete zu befreien, der Versuch wurde aber vereitelt. Abends wurde aus mehreren Branntweinbuden Alkohol und Geld geraubt, und die Ladeneinrichtungen wurden demoliert. 18 Täter wurden verhaftet. Andere versuchten, Telephonleitungen zu zerstören, und veranlaßten unter Androhung von Gewalttätigkeiten die Setzer der Druckereien, die Arbeit einzustellen. Abends waren 15000 Arbeiter ausständig. Patrouillen durchzogen die Stadt. Am nächsten Morgen verhielt sich die Menge angesichts des Militärs anfangs ruhig. Später wurden Fuhrwerke aufgehalten, Kohlenwagen ausgeplündert und Schließen der Läden verlangt. Die Militärpatrouillen waren nicht stark genug, um überall eingreifen zu können. Nachmittags war die Zahl der Ruhestörer erheblich größer, und die Ausschreitungen weit gröberer Art. Pferdebahnwagen wurden angehalten und die Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen. Infolge dessen wurde der Betrieb eingestellt. Auch verschiedene Branntweinläden wurden ausgeplündert, in einigen Feuer gelegt. Bei Annäherung des Militärs liefen die Ruhestörer fort. Die Widerstand Leistenden wurden mit den Waffen auseinander getrieben. An einzelnen Punkten gab die Menge Salvenfeuer auf die Polizei ab. Um 7 Uhr abends wurde eine Barrikade aus Kisten errichtet und von dort auf das Militär geschossen, welches aber die Angreifer zerstreute. Bei Eintreten der Dunkelheit verstärkten sich die Unruhen in den schlecht beleuchteten Straßen. An einigen Stellen war die Stadt nur durch kleine Feuer erleuchtet, die von der Polizei unterhalten wurden. Die Menge zerschlug die Schaufenster von Kaufläden und warf die Waren heraus, die von Frauen und Kindern in Säcken davon geschleppt wurden. In sechs Hauptstraßen und vier Nebenstraßen wurden die Läden zerstört. Jetzt herrscht Ruhe. Die Arbeit ist wieder aufgenommen.

*) Warschau, 1. Febr. Nach offiziellen Mitteilungen kehrt die Ordnung wieder; die Arbeiter beginnen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Person, welche durch einen Säbelhieb im Gesicht leicht verwundet wurde, ist ein russischer Untertan, der als englischer Vizekonsul fungiert und unter der Volksmenge ohne ein äußeres Abzeichen seiner Stellung sich befand.

□ Petersburg, 1. Febr. Kaiser Nikolaus empfing heute Nachmittag eine aus 34 Mitgliedern bestehende Abordnung der Arbeiter der Fabriken von Petersburg. Sie war begleitet vom Finanzminister Kokowzow und dem Generalgouverneur Trepow. Die Arbeiter kamen auf der kaiserlichen Bahn in Zarskoje-Selo an; an dem kaiserlichen Pavillon wurde sie von Wagen erwartet, die sie nach dem Alexanderpalais brachten, wo die Arbeiter in einen der Säle des Palais eingelassen wurden. Um 3 Uhr Nachmittags erschien der Kaiser, begleitet vom Großfürsten Michailowitsch, dem Hofminister Baron Fredericks und dem Palastkommandanten Hesse. Die Arbeiter verneigten sich vor dem Kaiser, der sie ansprach **„Guten Tag, meine Kinder"**. Die Arbeiter riefen **„Wir wünschen Euer Majestät gute Gesundheit"**. Darauf richtete der Kaiser folgende Ansprache an die Arbeiter:

„Ich habe euch berufen, damit ihr meine Worte von mir selbst vernehmen und sie eueren Genossen mitteilen könnet. Die beklagenswerten Ereignisse mit den traurigen aber unvermeidlichen Folgen der Unruhen sind eingetreten, weil ihr euch von Verrätern und Feinden unseres Vaterlandes habt verführen und täuschen lassen. Als sie euch aufforderten, eine Bittschrift über euere Bedürfnisse an mich zu richten, haben sie euch zur Revolte gegen mich und meine Regierung aufgewiegelt, indem sie euch zwangen, euere ehrliche Arbeit in einem Zeitraume zu verlassen, in dem alle wahren Russen unaufhörlich arbeiten müssen, um unseren hartnäckigen Feind zu besiegen. Ausstände und aufrührerische Kundgebungen führen die Menge stets zu Ruhrstörungen, die die Behörden immer gezwungen haben und auch in der Zukunft zwingen werden, das Militär zu verwenden, was unschuldige Opfer zum Ergebnis hat. Ich weiß, daß das Leben der Arbeiter nicht leicht ist. Es müssen viele Dinge organisiert und verbessert werden. Aber habet Geduld, ihr begreift selbst, daß es nötig ist, gerecht gegen die Arbeitgeber zu sein und die Verhältnisse unserer Industrie zu berücksichtigen. Aber mir eure Bedürfnisse in Gestalt einer aufwiegleriſchen Menge auseinanderzusetzen, ist ein Verbrechen. In meiner Sorge für die Arbeiter werde ich Maßregeln ergreifen, um alles mögliche zu tun, um deren Lage zu verbessern und ihnen gesetzliche Wege zur Prüfung ihrer Forderungen zu sichern. Ich glaube an die ehrlichen Gesinnungen der Arbeiter, an ihre Ergebenheit für mich, und ich verzeihe ihre Freveltat. Kehrt an eure Arbeit zurück und erfüllt eure Aufgabe mit euren Genossen. Gott helfe euch.

*) Petersburg, 1. Febr. Nachdem der Kaiser seine Ansprache an die Arbeiter beendet hatte, bemerkte er, sie müßten diese ihren Kameraden mitteilen und versprach, daß ihnen später seine Worte gedruckt übergeben werden würden. Als die Arbeiter das Palais verlassen hatten, begaben sie sich in die Kirche, wo sie Gebete verrichteten, die Heiligenbilder küßten und geweihte Kerzen niederlegten; hierauf wurden sie in ein Haus geführt, das früher das Lyceum war, wo ihnen ein Frühstück gereicht wurde. Ein Arbeiter trank unter den Hurras der Kameraden auf das Wohl des Kaisers. Um 4½ Uhr wurden die Arbeiter in Wagen zu dem kaiserlichen Pavillon geführt und begaben sich dann nach Petersburg zurück.

□ Petersburg, 1. Febr. Nikolaus scheint, zu seinem Verderben, der großen Reformbewegung lediglich schonungslose, gewaltsame Unterdrückung entgegensetzen zu wollen. Der verblendete Schwächling hat seinen reformfreundlichen, beliebten und sehr fähigen Minister des Innern, Fürst Swiatopolk-Mirski, aus seinem Amte entlassen. Wie es heißt, soll der General Kleigels, bisher Generalgouverneur von Kiew, ein Gewaltmensch, sein Nachfolger werden.

Petersburg, 1. Febr. Der Kaiser, die Kaiserin und die Kaiserin-Mutter sprachen den Familien der während der Unruhen am 22. Jan. in Petersburg Getöteten und Verwundeten ihr tiefes Beileid aus und überwiesen dem Generalgouverneur 50000 Rubel zur Unterstützung für die bedürftigen Mitglieder dieser Familien.

Kundgebungen für Gorki.

Der Tägl. Rundschau wird von der russischen Botschaft in der Angelegenheit Gorkis amtlich folgendes mitgeteilt: „Soweit sich die Lage von hier aus beurteilen läßt, ist alles, was über das dem Dichter drohende Schicksal gesagt wird, heller Unsinn. Freilich wird eine Stellung in der Literatur, sei sie so groß wie sie wolle, niemand ein Recht geben, gegen die Regierung des Staates, dem er angehört, zu konspirieren. Wer es tut, unternimmt das auf seine Gefahr hin und muß gegebenenfalls die Folgen tragen. Allein bisher liegt gar kein Anlaß vor, anzunehmen, daß Gorki eines derartigen Vergehens beschuldigt wird. Es hat vielmehr den Anschein, daß er nur dazu beigetragen hat, die bestehenden Unruhen zu vermehren, und das wird einige Unbequemlichkeiten für ihn zeitigen, über die er selbst sich keineswegs wundern wird. Im übrigen wird man sich freuen, wenn demnächst wieder etwas recht Schönes aus seiner Feder erscheint. Jeder Mensch mit normaler Urteilskraft wird sich sagen, daß keine Regierung nach dem Stand der Dinge anders handeln konnte, als die unsrige. Um so mehr ist es überraschend, daß ein Mann wie Ernst v. Wildenbruch — Wildenbruch, der Königsdramendichter! — seinen guten Namen dazu hergibt, eine Agitation zu decken, die auf einem von Sozialisten erfundenen Märchen fußt und lediglich sozialistischen Zwecken dienen soll. Wie gesagt, wenn Gorki nichts zur Last liegt als das, was bekannt geworden ist — und es liegt keinerlei Anlaß vor, das Gegenteil anzunehmen! — dann bedarf er keiner »Rettung«!"

Petersburg, 2. Febr. Maxim Gorki ist in Freiheit gesetzt worden.

Odessa, 2. Febr. Gestern wurde auf den Polizeichef Golowine ein Revolverattentat ausgeübt. Die Kugel traf Golowine in das Schulterblatt. Der Zustand des Polizeichefs ist nicht gefährlich.

Petersburger Greuel.

Einem dem „Vorw." zur Verfügung gestellten Privatbrief entnehmen wir die folgenden Schilderungen:

St. Petersburg, Sonnabend, 28. Januar.

Ich beeile mich, Ihnen eine fürchterliche Tatsache mitzuteilen, der ich bisher nicht vollen Glauben schenkte, indem ich davon nur von mir unbekannten Menschen hörte, aber jetzt sind N. N. gekommen, und es erweist sich, daß X. X. und Y. Y. diesem Ereignis als Augenzeugen beigewohnt haben. Es gibt keine Worte, um diese Scheußlichkeit auszudrücken. Es war am 26. Januar, bei hellem lichten Tage auf der Petersburger Seite, Ecke Großer Prospekt und Wwedenskaja Straße. Kosaken ritten bei einem Pferdebahnwagen vorbei, in welchem auch X. X. und Y. Y. saßen. Auf den oberen Sitzplätzen des Wagens sagte jemand, als die Kosaken soeben vorbei waren: „Opritsch nikis!" (so hieß die Leibgarde Ivans des Schrecklichen). Dieses Wort war nicht laut, nicht weit hörbar, sondern mit gewöhnlicher Stimme ausgesprochen.

Die Kosaken ließen den Pferdebahnwagen halt machen, schleppten zwei Männer von intelligentem Aussehen nach unten, und die grausame Arbeit mit Säbeln begann; dann wurden diese zwei Männer mit Füßen getreten; nach einigen Minuten verwandelten sich ihre Körper buchstäblich in formlose Fetzen Fleisch. Plötzlich wird eine hölzerne Kiste herbeigeschleppt, und die Ueberreste der Opfer wurden hineingeschmissen.

Jetzt beginne ich auch dem hartnäckigen Gerücht Glauben zu schenken, ein Kosak habe auf dem Kleinen Prospekt des Wassiljewski Ostrow einem Studenten, der mit einer Droschke fuhr, den Kopf ganz abgehauen.

Heute erzählten Studentinnen der Medizin-Hochschule, daß sie von den Wächtern auf dem Preobraschenski-Friedhof erfahren haben, es wären über 300 Leichen dorthin gebracht worden und in zwei Grube begraben.

):(Krieg zwischen Rußland und Japan.

London, 1. Febr. Der Daily Telegraph meldet aus Tokio am 31. Januar: Kuropatkins Flankenbewegung hat mit einem überwältigenden Fehlschlag abgeschlossen; seine Hauptstellung macht hier den Eindruck, daß es für nicht unwahrscheinlich gilt, daß er einen allgemeinen Rückzug bis über Mukden hinaus antreten muß. Ein positiver Erfolg des japanischen Vormarsches ist der, daß Kuropatkin gezwungen wurde, alle Stellungen im Umkreis von ungefähr 9 Meilen von Haikontei aufzugeben. Die russischen Verluste bei den Gefechten vom 25. bis 29. Januar werden jetzt auf 36- bis 42000, die der Japaner auf rund 7000 geschätzt (?). 10000 Tote haben die Russen auf den Schlachtfeldern zurückgelassen. — Diese Verlustangaben sind offenbar unwahr.

⚔ Tokio, 1. Febr. Der österreichische Dampfer Siam, mit Cardiff-Kohlen nach Wladiwostok unterwegs, ist gestern bei Hokkaido beschlagnahmt worden.

Aus Mukden wird gemeldet, daß die Verwundung des Generals Mischtschenko doch ziemlich ernst ist. Die Kugel zerschmetterte den Beinknochen und drang durch das Kniegelenk. General Kondratwitsch wurde von einem Schuß in die Brust verwundet; die Kugel wurde vom Rücken aus entfernt. Oberst Andrejew ist schwer am Kopfe verwundet.

+ Zum Streik im Ruhrrevier.

Enttäuschungen.

Die Köln. Zeitung schreibt u. a.: „So sind aus allen Hoffnungen der letzten Tage große Enttäuschungen geworden. Die Verantwortung der Ausständigen und ihrer Führer, die jetzt mit einem so großen Erfolge hätten abschneiden können, wächst von Stunde zu Stunde. Die meisten Zechen liegen schon zwei Wochen still, einige schon drei Wochen. Das Wasser quillt, die Wasserhaltungsmaschinen sind nicht überall imstande, dem zu wehren, das Gebirge schiebt, um die Förderstrecken gehen zu Bruch — eine riesige Gefahr für die gesamte Bergbauindustrie und nicht zum mindesten für die Arbeiter, die bald Arbeit suchen und keine finden können. Ein Walzwerk nach dem andern stellt den Betrieb ein, die Hochöfen werden ausgeblasen. Hunderte andere Industriestätten wissen nicht, wie und wie lange sie ihre Arbeiter wegen Kohlenmangels weiterbeschäftigen können. Noch ein anderes Gespenst droht, die Not in den Reihen der Ausständigen. Was sind die wenigen Unterstützungsgelder für die 200000 Mann mit ihren Frauen und Kindern? Ein Tropfen auf einen heißen Stein. Und werden in den Tagen bitterer Not Ruhe und Ordnung gewahrt werden wie bisher? Diese Bilder zeigen, welch schweren Fehler die Ausständigen in den letzten Tagen gemacht haben, als sie mit Ehren die Waffen hätten niederlegen können, aber den geeigneten Augenblick verpaßten und an Stelle der Besonnenheit Rechthaberei und Trotz treten ließen. Mit dem Minister Möller kann die ganze öffentliche Meinung nur aufs lebhafteste bedauern, daß die Bekanntgabe der Absicht der Regierung, dasjenige, was im Verhandlungswege nicht erreichbar war, durch Gesetz zu regeln, nicht ausgereicht hat, die Arbeiter zur Rückkehr zur Arbeit zu bewegen. Die im Abgeordnetenhause ausgesprochene Hoffnung des Ministers, daß die Arbeiterführer und die aufgeregten Arbeitermassen auf die Dauer nicht in gleicher Weise fehlerhaft verfahren würden wie die Bergwerksbesitzer, haben die vorliegenden Tatsachen nicht gerechtfertigt, vielmehr scheint sich seine Befürchtung zu verwirklichen, daß die Arbeiterführer und die Arbeitermassen, trotzdem sie wissen, daß die Hauptbeschwerden gehoben werden, dennoch den Ausstand zu ihrem eigenen und dem allgemeinen Nachteil weiter fortführen.

Letmathe, 31. Jan. Die Fabrik in Nachrodt macht bekannt, daß sie wegen Kohlenmangels gezwungen sei, ihre Arbeiter zum 1. März zu entlassen. Etwa 1400 Mann werden von dieser Maßregel betroffen.

Essen, 31. Jan. Die Siebener-Kommission erläßt einen Aufruf, worin sie bedauert, daß der Bergbauverein sie nicht als legitimiert zu den Verhandlungen ansieht, und erklärt: „Wenn die Zechen sich bindend verpflichten, keine Maßregelungen vorzunehmen, in Lohn- und anderen Fragen bestimmt entgegenkommen, wird die Arbeit wieder aufgenommen, um so eher, wenn der Inhalt der Berggesetz-Novelle den wesentlichen Arbeiterwünschen entspricht. Wir sind zum Frieden geneigt, müssen aber Garantie haben, daß den Kameraden keine neuen Drangsale aufgebürdet werden; denn gerade ältere Leute, die als Vertrauensleute des Verbandes fungieren, laufen Gefahr, gemaßregelt zu werden, wenn die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen würde. Werden die erbetenen Garantien gegeben, so wird der Streik bald sein Ende erreichen; vorher können wir das nicht, wollen wir nicht unsägliches Elend gerade über unsere besten Kameraden hereinbrechen lassen."

Dortmund, 1. Febr. Der neue Aufruf der Siebenerkommission, der als Flugblatt erschienen ist, fällt durch seine ruhige, gemäßigte Sprache auf und nicht wohltuend ab von den Aufsammlungsbedell und der Sprache der Arbeiterpresse in den letzten Tagen. Die täglich sich mehrenden Stimmen aus wohlmeinenden Kreisen, die Ausständigen sollten jetzt nach ihren Erfolgen den Bogen nicht zu straff spannen, scheinen ins Lager der Streikenden zu dringen und dort Beachtung zu finden. In der neuesten Kundgebung der Siebenerkommission wird nicht mehr aufgefordert, so lange weiter zu streiken, bis sämtliche Forderungen durch den Bergbaulichen Verein erfüllt seien, sondern es wird nur die Garantie gefordert, erstens dafür, daß keine Maßregelung erfolge, und zweitens für bestimmtes Entgegenkommen in Lohn- und anderen Fragen. Das „alles oder nichts" haben in dieser Kundgebung die Führer ganz fallen lassen. An die Forderung der beiden Garantien wird noch die Erklärung geknüpft: „Nichts liegt uns ferner, als strivol den Streik fortzusetzen; werden uns die erbetenen Garantieen zugebilligt, dann hat der Streik schnellstens sein Ende gefunden." Diese Erklärungen der Siebenerkommission sind geeignet, eine baldige friedliche Lösung der Krisis anzubahnen. Voraussetzungen dabei sind, daß die Massen einem vernünftigen Vorgehen der Führer folgen und die Arbeiterpresse und die sozialdemokratischen Agitatoren ihre Hetzarbeit einstellen, daß aber auch anderseits dem Entgegenkommen und Nachgeben des einen Teils eine ähnliche Haltung auf der anderen Seite auf dem Fuße folgt.

Bochum, 1. Febr. Die Belegschaft der Zeche „Julius Philipp", die am Montag neu in den Streik eingetreten war, ist bei der heutigen Frühschicht zum größten Teile wieder angefahren. Ein dahingehender Beschluß war gestern in einer Belegschaftsversammlung der Zeche gefaßt worden. Nur 50 Personen haben diesem Beschlusse keine Folge geleistet.

Herne, 2. Febr. Als heute Abend der Arbeitswillige K. in einer Wirtschaft ruhig an einem Tische saß, wurden ihm von einem Streiklustigen, der ihn vor kurzem noch bedroht hatte, über seine Arbeitswilligkeit wieder Vorhaltungen gemacht. Bei seiner Verteidigung erhielt er plötzlich einen Schlag mit einem Bierglase an den Kopf und einen Messerstich in den Rücken. Der Täter konnte sofort festgenommen und dem Amtsgerichte zugeführt werden.

Homberg, 1. Febr. Auf Zeche „Rheinpreußen" hat bekanntlich nach anfänglichem Streik die Belegschaft weitergearbeitet, nachdem die Zechenverwaltung alle ihre Forderungen bewilligt hatte. Jetzt ist der sozialdemokratische Teil der Belegschaft trotzdem wieder in den Streik getreten.

Berlin, 1. Febr. Der Minister des Innern Freiherr von Hammerstein begibt sich morgen in's Streikgebiet, um die Sicherheitsmaßregeln zu prüfen und mit den Oberpräsidenten von Westfalen und Rheinland, den Landräten und den Oberbürgermeistern zu konferieren.

Aus dem Regbz. Minden.

— **Bielefeld**, 1. Febr. Stadtverordneten-Sitzung. Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister, Geh. Reg. Rat Bunnemann, Bürgermeister Dr. Stapenhorst, Stadtbaurat Ritscher, Stadtrat Bachmann und Direktor Brüggemann. Vorsitz.: Stadtverordneten-Vorsteher Lohmeyer. 56 Stadtverordnete sind anwesend; entschuldigt Dr. Reese. Der Zuhörerraum ist recht gut besetzt. Das Protokoll der vorigen Sitzung wurde vorgelesen und genehmigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß der Stadtverordnete Bruno Schumann laut Schreiben vom 15. v. Mts. sein Mandat als Stadtverordneter niederlegt, infolge Wegzuges nach Halle a. d. S. Die Tagesordnung, in die nunmehr eingetreten wurde, enthält als 1. Punkt die Genehmigung einer Ordnung für die Anstellung und Besoldung der mit Pensionsberechtigung angestellten mittleren und Unterbeamten der Stadt Bielefeld. Der Oberbürgermeister begründet diesen Antrag, indem er ausführt, daß die letzte Besoldungsordnung vom Jahre 1898 datiert und den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechend sei. Die Beamten hätten in der Zwischenzeit wiederholt um Aufbesserung ihrer Gehälter gebeten, doch der Magistrat habe geglaubt, den bezügl. Gesuchen erst dann Folge geben zu können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt dies zuließen. Nach Ansicht des Magistrats sei dieser Zeitpunkt jetzt gekommen, und er habe deshalb auch nicht gezögert, die neue Besoldungsordnung einzubringen. Es sind Erhebungen darüber angestellt, wie die Beamten der Stadt Bielefeld im Vergleich zu den Staatsbeamten und den Beamten anderer Städte besoldet werden. Dieser Vergleich lasse erkennen, daß wir zurück sind und deshalb eine Aufbesserung erforderlich ist. In der neuen Besoldungsordnung sind die Gehälter der Stadtsekretäre (Bureauvorsteher) am bedeutendsten aufgebessert; dies hat darin seine Berechtigung, daß diese Beamten den Dezernenten verantwortlich sind und die Arbeiten der übrigen Bureaubeamten von ihnen kontrolliert werden müssen. Die Aufbesserung der Beamtengehälter kostet der Stadt 18000 Mk. Wenn die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung zu der Vorlage gibt, so müssen die Zuschläge zur Einkommensteuer um 7% erhöht werden. Diesen Vorschlag würde der Magistrat bei der am 15. d. Mts. stattfindenden Beratung machen und wahrscheinlich auch daran festhalten müssen, wenngleich Stimmen laut geworden sind, die eine Umgehung der Steuererhöhung für möglich halten. Redner bittet, der Besoldungsordnung zuzustimmen, wodurch die Stadtverordneten-Versammlung sich des Dankes der Beamten versichere. Stadtv. Hoffmann: Ich wundere mich, daß die regierende rechte Seite sich nicht zum Wort meldet. Da sie es nicht tut, so will ich erklären, daß wir der neuen Besoldungsordnung zustimmen, damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß diese Zustimmung sich auf die einzelnen Positionen bezieht, darüber behalten wir uns das Weitere bei der Beratung des Hauptetats vor. Die Begründung, die der Herr Oberbürgermeister uns zu der Besoldungsordnung gegeben hat, erkennen wir ohne weiteres an, aber wir vermissen die Erwähnung, daß auch die Löhne der Arbeiter aufgebessert werden sollen. Es ist wunderbar, daß der Magistrat vor diesen Aufbesserungen stets halt macht. Stadtv. Hoffmann bringt dann folgenden Antrag ein:

„Stadtverordneten-Versammlung fordert den Magistrat auf, im Anschluß an die Gehaltserhöhung des Oberbürgermeisters und die Aufbesserung der Gehälter der mittleren und Unterbeamten eine Besserung der Arbeitslöhne dergestalt eintreten zu lassen, daß ein Lohn von täglich 3 Mk. 50 Pfg. als Mindestlohn zu gelten hat."

Stadtv. Modersohn: Wenn der Stadtv. Hoffmann sich wundert, daß von der rechten Seite nicht zuerst das Wort zu der Magistratsvorlage gewünscht ist, so rührt das einfach daher, daß wir in den Vorberatungen die Vorlage eingehend geprüft haben, sie für erforderlich halten und deshalb mit freudigem Herzen zustimmen. Oberbürgermeister Bunnemann erwidert auf die Ausführungen des Stadtv. Hoffmann, daß der Magistrat sich allerdings auch mit der Aufbesserung der Arbeiterlöhne beschäftigt habe. Der Magistrat stünde auf dem Standpunkte, daß die städtischen Arbeiter mindestens ebenso gut, wenn möglich besser gestellt sein sollen, wie die übrige Arbeiterschaft in Bielefeld. Besondere Ausnahmen zu machen, wäre nicht angängig, wegen der daraus folgenden Konsequenzen in den Fabriken usw. Von den Arbeitern der Straßenreinigung sei ein Antrag auf Lohnerhöhung eingegangen. Diese Arbeiter bekämen z. Zt. 3,20 Mk. täglich und bekämen außerdem Joppe und Mütze geliefert. Diesen Antrag habe der Magistrat ablehnen müssen, weil der Verdienst den Arbeitsleistungen angemessen sei; die Arbeitszeit dauere am Tage etwa 9½ Stunden und bei Nacht etwa 7½ Stunden. Dahingegen sei den Leuten bei der Müllabfuhr ein Lohn von täglich 3,40 Mk. bewilligt, weil diese Arbeit eine unangenehme und schwierige sei. Der Magistrat habe im übrigen beschlossen, in den Haushaltsplan eine Summe von 3000 Mk. einzustellen, um hieraus den nicht mehr arbeitsfähigen städtischen Arbeitern eine angemessene Unterstützung zu bewilligen. Stadtv. Kicker erklärt, daß er und seine Freunde mit den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters voll und ganz einverstanden sind; den Antrag Hoffmann würden sie deshalb ablehnen. Stadtv. Hoffmann führt aus, daß die Konsequenzen, die eine Erhöhung des Lohnes der städtischen Arbeiter auf 3,50 Mk. für die Fabrikanten mit sich brächte, hier gar nicht in Frage kämen. Tatsache sei, daß eine Familie von einem Tagelohn von 3,50 Mk. nicht leben könne. Der Herr Oberbürgermeister habe nur die Eingabe der Straßenreiniger erwähnt, es läge doch auch ein Gesuch der Laternenwärter vor. Diese Leute wären bei dem Direktor Brüggemann vorstellig geworden, der sie jedoch kurzer Hand mit dem Bemerken abgewiesen hätte, daß höhere Löhne nicht bewilligt werden könnten. Dabei haben diese Leute eine monatliche Vergütung von 55 bis 60 Mark. Es müsse doch wohl jedem Einzelnen klar sein, daß dieser Verdienst unzureichend sei. Oberbürgermeister Bunnemann: Die Laternenwärter sind doch nicht ausschließlich als solche tätig, sondern haben fast alle Nebenbeschäftigung. Direktor Brüggemann bestätigt dies mit dem Hinzufügen, daß er mit den Leuten persönlich verhandelt habe und diese sich dann mit seinem Bescheide auch zufrieden gegeben hätten. Stadtv. Eilers tritt für Festsetzung eines Minimallohnes ein. In vielen anderen Städten sei diese Einrichtung getroffen, und man habe damit gute Erfahrungen gemacht. St.-V. Cremer teilt mit, daß seine Partei beschlossen habe, der neuen Besoldungsordnung ohne Diskussion zuzustimmen. — St.-V. Reibig ist gegen die Einstellung eines Arbeiter-Unterstützungsfonds von 3000 Mark. Damit würde es ebenso gehen wie mit der Ostmarkenzulage. Wer gut schmusen könne, bekäme etwas und die Uebrigen nicht. St.-V. Cremer sagt (zu den Sozialdemokraten gewendet): Sie wollen einen Minimallohn von 3,50 Mk. einführen, und dabei haben Sie Ihren Leiter des Konsumvereins mit monatlich 4[illegible] Mk. abgespeist, so daß der Mann sein Geld dabei zugesetzt hat. St.-V. Neutschka erwidert, daß die Leitung des Konsumvereins eine Nebenbeschäftigung gewesen sei, die mit monatlich 45 Mk. gut bezahlt war. Hiernach wurde die Besoldungsordnung für die Beamten einstimmig angenommen und der Antrag Hoffmann abgelehnt. Zur neuen Besoldungsordnung für die Lehrpersonen an den städtischen Bürgerschulen zu Bielefeld, die jetzt zur Beratung gestellt wurde, führte Bürgermeister Dr. Stapenhorst aus, daß die letzte Besoldungsordnung seit 1./4. 1898 in Kraft sei. Die Lehrer haben beantragt, das Grundgehalt auf 1500 M., die Alterszulage auf 200 M. zu erhöhen. Die Lehrerinnen wünschen Erhöhung des Grundgehalts auf 1300 M.; die Handarbeitslehrerinnen 1200 M. Es sind Erkundigungen in 12, teils größeren, teils kleineren Städten eingezogen, deren Ergebnis ist, daß wir uns mit der Besoldung der Lehrpersonen auf mittlerer Linie bewegen. Nach eingehenden Beratungen in der Schuldeputation bringt der Magistrat in Vorschlag, folgende Erhöhungen vorzunehmen: Das Grundgehalt der Rektoren von 1850 M. auf 2000 M., die Mietsentschädigung der Rektoren von 650 M. auf 700 M.; das Grundgehalt der Lehrer von 1350 M. auf 1500 M.; die Mietsentschädigung der verheirateten Lehrer von 450 auf 500 bezw. 600 M. nach 16 Dienstjahren; Die Mietsentschädigung der unverheirateten Lehrer, Lehrerinnen und Handarbeitslehrerinnen von 250 Mark auf 300 Mark. Die weitergehenden Ansprüche hätten nicht erfüllt werden können, insbesondere nicht die Erhöhung der Alterszulage auf 200 Mk. Dafür sei eine Erhöhung der Mietsentschädigung erfolgt, damit dem Wortlaut des Lehrerbesoldungsgesetzes genügt wird, wonach Grundgehalt und Mietsentschädigung so zu bemessen sind, daß der Lehrer damit einen eigenen Hausstand gründen kann. Diese Gehaltserhöhung verursacht der Stadt eine Mehrausgabe von 32200 Mk. Stadtv. Kicker: Nachdem in der Schuldeputation alles gründlich erwogen ist, stimmen wir gern und freudig der neuen Besoldungsordnung zu. — Stadtv. Hoffmann: Auch wir wollen der Vorlage zustimmen, nur will uns die Aufnahme des § 7 in die Besoldungsordnung etwas eigenartig erscheinen, so daß wir ihn am liebsten streichen möchten. Der § 7 lautet: Die Verheiratung einer Lehrerin hat die Aufhebung ihrer Anstellung und aller daraus erwachsenen Rechte zur Folge. Man sollte einer Lehrerin wegen des Heiratens das Amt nicht nehmen. Die Besoldungsordnung wurde von der Versammlung einstimmig nach der Vorlage genehmigt. — Nunmehr wurden Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1905 festgesetzt: a) der Haushaltsplan der I. Bürgerschule in Einnahme und Ausgabe gleichlautend auf den Betrag von 119425 Mk. Zuschuß der Stadt: 26815 Mk.; b) der Haushaltsplan der II. bis XII. Bürgerschule in Einnahme und Ausgabe gleichlautend auf den Betrag von 446912 Mk. 75 Pfg. Zuschuß der Stadt 324911 Mk. Bürgermeister Dr. Stapenhorst nimmt Bezug auf die der Tagesordnung beigefügte Klassen-Uebersicht, aus welcher ersichtlich ist, daß wir durchschnittlich etwa 57 bis 60 Kinder in einer Klasse haben. Das ist nicht anormal. Die VI. Bürgerschule hat allerdings durchschnittlich 67 in einer Klasse und die X. 64. Diesem Uebelstande wird dadurch abgeholfen, daß im Laufe dieses Jahres ein Anbau bei der X. Bürgerschule aufgeführt wird und im nächsten Jahre eine neue Schule im Südbrackgebiet gebaut wird, wodurch die VI. und X. Bürgerschule die wünschenswerte Entlastung erhalten. Die IX. (kath.) Bürgerschule erhält in diesem Jahre ebenfalls einen Anbau. Stadtv. Hoffmann hält die Zahl von 60 in einer Klasse für recht ungünstig; ein Lehrer könne mehr wie 30 Kinder in einer Klasse nicht unterrichten. In der III. Bürgerschule würde über Raummangel geklagt, und trotzdem hätte ein pensionierter Lehrer in der Schule noch Wohnung. Bürgermeister Dr. Stapenhorst erwidert, daß sich die Wohnung zu einem Klassenzimmer nicht einrichten ließe, und deshalb hätte die Schuldeputation die Wohnung dem Lehrer belassen. — Zum Haushaltsplan der kaufmännischen Fortbildungsschule, welcher in Einnahme und Ausgabe gleichlautend mit 14800 Mk. abschließt, bemerkt Bürgermeister Dr. Stapenhorst, daß die Anstellung eines akademisch gebildeten Lehrers beschlossen sei, welchem auch die Leitung der Schule übertragen werden solle. Herr Direktor Dr. Gerth habe seit Gründung der Schule (1894) die Leitung gehabt und die Schule auf die jetzige Höhe gebracht. Er habe wegen seiner Dienstgeschäfte die Leitung zum 1. 4. d. J. niedergelegt. Wie der Stadtverordneten-Versammlung schon früher mitgeteilt ist, soll eine Klasse mit Tagesunterricht eingerichtet werden, in welcher die jungen Leute das Ziel der kaufmännischen Fortbildungsschule erreichen und deshalb vom obligatorischen Unterricht in dieser Schule befreit sind. Diese Klasse habe ursprünglich der I. Bürgerschule angegliedert werden sollen, es erschiene jedoch zweckmäßiger, sie mit der kaufmännischen Fortbildungsschule zu verbinden. Die weitere Verwirklichung dieses Planes müsse dem neuen Leiter dieser Schule überlassen werden. Stadtv. Hoffmann sagt, daß ihm mitgeteilt sei, eine ganze Anzahl von Lehrlingen entzöge sich dem Unterricht in der kaufm. Fortbildungsschule. Bürgermeister Dr. Stapenhorst bezweifelt dies; ab und zu würden Nachforschungen angestellt. Haushaltsplan des Krankenhauses in Einnahme und Ausgabe 127600 M. Zuschuß der Stadt 51600 M. Haushaltsplan der Friedhöfe in Einnahme und Ausgabe 16500 M. Zuschuß der Stadt 2471 M. Haushaltsplan der Realschule in Einnahme und Ausgabe 848000 M. An die Kämmereikasse werden 180000 M. abgeführt. Haushaltsplan des Elektrizitätswerkes in Einnahme und Ausgabe 263905 M. An die Kämmereikasse werden 57359,71 M. abgeführt. Haushaltsplan der Straßenbahn in Einnahme 349705,90 M., in Ausgabe 382076,90 M., sodaß aus den Ueberschüssen des Elektrizitätswerkes 33871 M. an die Straßenbahn überwiesen werden müssen. Stadtv. Esau beklagt sich darüber, daß Abends von 6—8 Uhr die Stadtwagen ohne Anhängewagen fahren, sehr oft sei es ihm schon passiert, daß er wegen Ueberfüllung der Motorwagen nicht mitgenommen worden sei; wenn er für seine Person das zusammenrechne, so habe die Straßenbahn einen Ausfall von 10—15 M. allein deshalb, daß er nicht habe mitfahren können wegen Platzmangels. Die Schaffner müßten auch etwas aufmerksamer sein, sehr oft beachteten sie Winke, Rufe u. dergl. nicht. Direktor Brüggemann erwidert, daß von 7 Uhr ab Anhängewagen führen. Winke und Rufe dürfen die Schaffner dann nicht beachten, wenn sie nicht an der Haltestelle gegeben werden. Stadtv. Seydel bittet um Auskunft darüber, ob sich auf den Perrons mehr als 7 Personen aufhalten dürfen. Oft kommt es vor, daß 12 bis 14 Personen auf einem Perron stehen. Direktor Brüggemann: Nach polizeilicher Vorschrift dürfen nur 7 Personen auf einem Perron stehen, wenn hiervon Ausnahmen gemacht sind, so ist das der Gutmütigkeit des Schaffners zuzuschreiben. Stadtv. Dr. Esau wünscht gleichmäßige Anordnungen in dieser Hinsicht. Es folgt die Entlastung einiger Rechnungen aus 1903. Verträge mit Hornberg und Gehring über Abtretung von Grundflächen am Johannisberg wurden genehmigt. In den Theater-Ausschuß wurde der Stadtverordnete Niemann wiedergewählt, desgl. in den Musikausschuß die bisherigen Mitglieder: Modersohn, Hoffmann und L. Niestradt und in den Vorstand des Upmann-Stifts: Pfarrer Lappe, Geh. Kommerzienrat Albert Delius und Peltzer. Die Uebertragung von 1000 Mk. für den Ausbau des Lastweges auf 1904 wurde genehmigt. Stadtv. Rentschka regte hierbei wiederholt den Ausbau der unteren Zastrowstraße an, welcher nach Mitteilung des Stadtbaurats demnächst erfolgen soll. Bei dem Antrage auf Abänderung von Fluchtlinien nördlich der Petristraße gab Stadtv. Biermann anheim, auf Schaffung von freien Plätzen Bedacht zu nehmen. Nach Schluß der Tagesordnung richtete der Stadtv. Justizrat Bock an den Magistrat die Anfrage, ob es richtig ist, daß der Bezirksausschuß über den Kopf der Stadtverordneten-Versammlung hinweg beschlossen habe, daß der Stadtkämmerer 10000 Mk. Kaution stellen müsse. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß eine offizielle Mitteilung noch nicht eingegangen sei. Der Magistrat habe die Entscheidung des Bezirks-Ausschusses angerufen, welche nach Aeußerung eines Mitgliedes des Bezirks-Ausschusses im Sinne des Magistrats entschieden sei. Der Beschluß müsse natürlich dem Magistrat und auch der Stadtverordneten-Versammlung noch zugefertigt werden. Stadtv. Bock ist mit dieser Mitteilung zufrieden. Demnächst würde diese Angelegenheit wohl auf die Tagesordnung zu setzen sein. — Schluß 8 Uhr.

+ **Bielefeld**, 1. Febr. Strafkammer. Der Maurer Bernhard Pegel von hier war von der hiesigen Strafkammer wegen strafbaren Eigennutzes bezw. Pfandverschleppung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte eine Pfandverschleppung nicht für vorliegend erachtet und die Sache an die Strafkammer zurückverwiesen. Heute wurde er von der Anklage der Pfandverschleppung freigesprochen, dagegen wegen Betruges zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Am 19. Mai vs. Js. ist es in einem Mietshause in Sieker zu einem großen Krawall gekommen. Den Anlaß zu diesem Skandal scheint die Ehefrau des Arbeiters Imkamp gegeben zu haben, denn nach Aussagen der Zeugen hat sie einen Blumentopf aus dem Fenster nach den im Hofe stehenden Männern geworfen. Daraufhin eilte der Fabrikarbeiter Adolf Fettbach von Sieker auf den oberen Hausflur und warf die Imkamp Hals über Kopf die Treppe herunter, wobei sich die Frau ganz erheblich, namentlich an einem Arm, verletzt hat. Die Frau J. ist bis jetzt noch nicht in der Lage, von dem verletzten Arme Gebrauch machen. Die Strafkammer verurteilte den Fettbach wegen gefährlicher Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis, wobei berücksichtigt wurde, daß der Angeklagte von der Verletzten stark gereizt worden war.

= **Bielefeld**, 3. Febr. Am Mittwoch Mittag wurde die Feuerwache nach der Kesselstr. Nr. 10 (Carl Schanderwitz) gerufen, woselbst in einer Dachstube Feuer ausgebrochen war. Es wurde von der Feuerwache alsbald gelöscht.

Bielefeld, 2. Febr. Gestern früh wurde das bei dem Schlachthofswirt hier dienende Dienstmädchen in der Schlafkammer erhängt aufgefunden. Das Mädchen war 23 Jahre alt und aus Nienhagen bei Leopoldshöhe gebürtig. Aus den aufgefundenen Notizen geht hervor, daß sie sich einbildete, an einer Krankheit zu leiden. Dies wird als Beweggrund zur Tat angesehen.

+ **Gütersloh**, 2. Febr. Schöffengerichtssitzung. Vorsitzender: Herr Amtsgerichtsrat Baleske; Schöffen: die Herren Kolon Hermann Höner aus Sundern und Kaufmann Traugott Köhne von hier. Bei dem Kleinhändler Wilhelm Riesberg in Sende kehrte am 12. November 1903 der Gendarm Becker aus Verl ein. Er erblickte in dem Ladenraum des Riesberg'schen Kramladens eine Flasche, die dem Aeußern nach eine Flasche mit Branntwein sein mußte. Da R. zum Kleinhandel mit Branntwein eine Konzession nicht hat, so erstattete der Gendarm Anzeige, und Riesberg wurde vom Amte Verl mit einer Strafverfügung von 10 Mark Geldstrafe bedacht. Der Beschuldigte bestreitet, daß die betr. Flasche Branntwein enthalten habe und hat gerichtliche Entscheidung angerufen; er fiel damit heute aber hinein, da das Gericht annahm, daß die von R. zur Beiseitschaffung der Flasche ins Werk gesetzten Manipulationen dafür sprächen, daß die Flasche ohne Zweifel mit Branntwein gefüllt gewesen sei.

Der Kolon Wilhelm Piepenbrock zu Isselhorst hatte gegen die Ehefrau des Bleicharbeiters Hanesorth daselbst Privatklage wegen ehrenrühriger Nachrede angestrengt. Die Angeklagte wurde nicht für schuldig befunden und freigesprochen.

Der Landwirt Konrad Johannliemke zu Liemke hat gegen die Ziegeleibesitzerin Witwe Balsliemke zu Liemke und gegen den Maurer Joseph Balsliemke zu Liemke Privatklage erhoben. Beide sollen wegen der Entlassung eines Dienstmädchens aus den Diensten des Klägers diesem Uebles nachgeredet haben. Während die Angeklagte Witwe B. freigesprochen wurde, erhielt der Angeklagte Maurer B. eine Geldstrafe von 10 Mk. ev. 2 Tage Gefängnis.

Rheda, 1. Febr. Vermißt wird hier seit Sonntag-Nacht der hier schon seit längerer Zeit arbeitende Zigarrenmacher Wilhelm Böhmer aus Bielefeld. Er hatte sich Sonntag-Nacht, von einer Festlichkeit kommend, von seinen Bekannten getrennt und ist seitdem spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen, auch bei den Angehörigen, blieben bis jetzt erfolglos. Man befürchtet, daß er vom Wege abgekommen und in der Dunkelheit in's Wasser geraten ist.
(Bielef. Gen.-Anz.)

= **Herzebrock**, 2. Febr. Ueberfahren wurde gestern Nachmittag gegen 5 Uhr von dem Watendorf-Rhedaer Personenzug das Fuhrwerk des Gutsbesitzers Bunnemann. Der Fuhrmann hatte geschäftlich bei Herrn Miele hierselbst zu tun. Während seiner Abwesenheit hatten die Pferde den Wagen auf das Gleise gezogen. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert, die Pferde haben keinen Schaden erlitten. Nach kurzer Unterbrechung konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen.

Aus dem Regbz. Münster.

□ **Ahlen**, 2. Febr. Herr Justizrat Westhoff in Oelde wird sich nicht wenig darüber wundern, daß sein Auftreten hier in Ahlen vier Stadtverordnete veranlaßt hat, ihr Mandat niederzulegen. Dies kam so: Zu Anfang des Jahres 1902 wurde von der Stadt die Auffostung der Langst beschlossen und die Ausführung der Arbeiten dem Gärtner Franz Thormann hierselbst übertragen. Die von Thormann eingereichte Rechnung, die auf 3414 Mk. lautete, wurde auf Veranlassung der städtischen Finanzkommission von einem kgl. Oberforstmeister geprüft. Da dieser behauptete, die Arbeiter seien mit 1108 Mk. gut bezahlt, weigerte sich die Stadt, die Thormann'sche Rechnung anzuerkennen. Es kam zum Prozeß, der heute noch nicht zum endgültigen Austrag gekommen ist. Die Sache liegt nämlich nicht so ganz einfach; Herr Thormann hatte die Arbeit unter besonderen Bedingungen übernommen, die, wie er meint, seine Forderung durchaus rechtfertigen. Thormann ist wegen dieser Sache einigen Stadtverordneten nicht hold, besonders soll er den Stadtvo. Bienhues, Panick, Küper und Osthues mit ätzender Kritik zugesetzt haben. Als er sich den letztgenannten einmal in der Thür'schen Wirtschaft „kaufte", geriet Herr Osthues in einen gerechten Zorn und ließ die geflügelten Worte „Du A . . . . loch von Kärl!" dem Gelege seiner Zähne entschlüpfen. Thormann verklagte Osthues daraufhin wegen Beleidigung, und das Schöffengericht verurteilte den O. zu 5 Mk. Geldstrafe. Noch an demselben Tage erschienen bavaud 4 Stadtverordnete beim Bürgermeister, um ihr Mandat niederzulegen, weil der Justizrat Westhoff-Oelde, der Vertreter des Klägers Thormann, in seinem Plaidoyer erklärt habe, „jeder Bürger habe das Recht, die Stadtverordneten wegen ihrer Beschlüsse in den Wirtschaften zu bekritteln und zu benörgeln und ihnen deshalb Vorhaltungen zu machen."

Die hiesige „Ahl. Vztg." findet die Verurteilung des Herrn O. bedauernswert und meint, daß so eine „harmlose, ländlich-sittliche Aeußerung wie „Du A . . . . loch von Kärl" sich in diesem Falle als Notwehr qualifiziere und um so mehr entschuldbar sei, als Thormann indezug auf den Stadtverordneten O. geäußert habe, „man könnte ihn durch ein S . . . . . haus ziehen und er röche noch nichts." —

Eine wunderseltsame und dustige Historie!

Münster, 1. Febr. Das Landoisdenkmal im Zoologischen Garten steht sehr „echt" aus, ist aber nur ein auf galvanoplastischem Wege mit Kupferniederschlag überzogenes Gipsmodell, das allerdings lange halten kann. Es ist übrigens recht gut gelungen und zeigt den „Professor" durchaus lebenswahr mit dem obligaten Zylinder und der noch obligateren langen Pfeife. Eine Inschrift besagt, daß Landois sich selbst das Denkmal gesetzt habe, weil er bei Lebzeiten seine Freude daran haben wollte, nach seinem Tode könne ihm die Sache ziemlich gleichgültig sein. Etwaigen Tadelskritikern nimmt er den Wind aus den Segeln mit folgender derbkomischen Inschrift am Sockel:

„Nu seiht ju mal dat Denkmal an,
't is nich to verachten —
Und well 't van vörn nich liden kann,
Mag 't Achterdeel betrachten."

Uebrigens verfolgt das „Denkmal" zugleich einen praktischen Zweck, indem es in den Dienst des Vogelschutzes gestellt ist. Der hohe Hut nämlich, den „Professer" trägt, ist oben vertieft, um gefiederten Sängern und Nichtsängern eine Trink- und Badegelegenheit zu bieten. Außerdem aber enthält er noch Nistplätzen für Obdachlose; daß einer so Spatzen unterm Hute hat, kann man sich schon gefallen lassen. Nicht jedes Denkmal erfüllt wie dieses wirklich auch einen Zweck.

+ **Münster**, 1. Febr. Strafkammer. Eine weitläufige Beleidigungsklage beschäftigte heute die hiesige Strafkammer. Angeklagt wegen Beleidigung des Amtsmanns Hertzer zu Herbern war der Tierarzt Christoph Loweg daselbst. Im Juni oder Juli v. J. hatte der Angeklagte in einer öffentlichen Versammlung des Geflügelzuchtvereins zu Herbern den Antrag gestellt, den Amtmann Hertzer aus dem Verein auszuschließen. Als Grund dieses Antrages gab L. an, nach den Bestimmungen des Vereins dürften nur unbescholtene Leute demselben angehören; der Amtmann aber sei ein bescholtener Mann und müsse deshalb aus dem Verein ausgeschlossen werden. Der Antrag wurde jedoch von den Mitgliedern einstimmig abgelehnt. Da dem Amtmann von diesem Vorfall noch nichts zu Ohren gekommen war, teilte der Angeklagte dem Amtmann selbst per Brief mit, daß er — der Angeklagte — den Antrag wegen unehrenwerter Handlungen des Amtmannes gestellt hätte. Der Beleidigte ließ nun seine vorgesetzte Behörde, den Landrat von Lüdinghausen, Anklage wegen Beleidigung gegen Loweg erheben. In der heutigen Verhandlung gibt der Angeklagte über die „unehrenwerten" Handlungen des Amtmannes folgende Vorfälle an: 1. Der Amtmann habe beim Landrat Graf v. Wedel die Gemeinderatsmitglieder Frhr. von Nagel-Ittlingen und Wirt Westhues wissentlich falsch denunziert und habe dieses in einer Gemeinderatssitzung auf Befehl des Landrats wieder zurücknehmen müssen. Landrat Graf v. Wedel gibt heute als Zeuge darauf an, es sei nicht wahr, daß der Amtmann eine wissentlich falsche Anschuldigung gegen die Gemeinderatsmitglieder abgegeben hätte, sondern der Amtmann habe nur eine falsche Auffassung gehabt. Er — der Landrat — habe darauf dem Amtmann aufgegeben, eine diesbezügliche Erklärung in der nächsten Sitzung zu geben, was der Amtmann auch getan habe. Auch Frhr. von Nagel gibt heute zu, daß es wohl möglich sei, daß der Amtmann daß Betreffende falsch aufgefaßt haben könne; ferner sagt der Baron aus, die Behauptungen des Angeklagten, der Amtmann habe sich gegen den Zeugen inkorrekt benommen, sei unrichtig. 2. Der Amtmann habe den Baron von Nagel aus dem Gemeinderate verdrängen wollen. Zu diesem Zwecke

habe der Amtmann dem Baron einen falschen Termin, an welchem die Gemeinderatssitzung stattfinden sollte, angegeben. Der Amtmann bezeugt jedoch, er habe damals den genauen Termin noch nicht gewußt; auch habe er dem Baron keinen bestimmten Termin angegeben, was dieser auch bezeugt. 3. Zu dem Kaufmann Micklinghoff habe der Amtmann in einer öffentlichen Versammlung gesagt, es — M. — solle dem Lumpen, womit der Amtmann den Angeklagten gemeint haben soll, doch keinen Stuhl anbieten. Der Amtmann bestreitet dieses auch nicht. 4. Auch habe sich, so führt der Angeklagte weiter an, der Amtmann der Militärbefreiung schuldig gemacht. Durch Bestechung habe sich der Amtmann dazu hergegeben, den beiden Söhnen der Wwe. Dirkmann in Bauerschaft Nordek zu helfen, daß sie nicht Soldat zu werden brauchten, trotzdem die Wwe. D. reich begütert sei und sich wohl hätte fremde Kräfte nehmen können. Als Lohn für diesen Dienst habe die Wwe. D. den Amtmann gut „geschmiert", indem sie ihm ein fettes Schwein ꝛc. übersandt habe. Der Amtmann bestreitet dieses aber. Er will vielmehr die Eingabe der Frau Wwe. D. noch als unbegründet hingestellt haben, was er auch heute durch Schriftstücke beweisen konnte. Ein Schwein habe er tatsächlich von Wwe. D. erhalten, dieses aber zum Tagespreise gekauft. Darauf giebt der Angeklagte noch mehrere weniger interessante Fälle an, worauf wir nicht weiter eingehen wollen. Wegen gleicher Beleidigungen ist der Angeklagte schon im Jahre 1902 vom Gerichte schon mit 250 Mk. Geldstrafe belegt worden. Zwischen dem Amtmann und dem Tierarzte, die früher sehr gute Freunde waren, besteht schon seit 8 Jahren ein gespanntes Verhältnis. Auch ist der Amtmann schon wegen Beleidigung des Tierarztes mit kleineren Geldstrafen belegt worden. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten die höchste zulässige Geldstrafe von 600 Mk., das Urteil lautete auf 350 Mk. Die Verhandlung dauerte 4½ Stunden; es waren 23 Zeugen geladen.

Münster, 2. Febr. Die Beisetzung des Herrn Professors Dr. Landois gestaltete sich zu einer imposanten Trauerkundgebung. Schon von 3 Uhr an hielt eine dichte Volksmenge zu beiden Seiten den von dem Leichenkondukte zurückzulegenden Weg besetzt, ja sogar im Schloßgarten hatten viele Zuschauer Aufstellung genommen. Die von der Tuckesburg, dem Trauerhause, zur Hüfferstraße führende Tuckesburger Gasse trug eine vom Vorstande des Westfälischen Zoologischen Gartens gestiftete prachtvolle Trauerdekoration. Zu beiden Seiten der Gasse standen in dichter Reihe Lorbeerbäume und Ziergpflanzen. An der Hüfferstraße erhoben sich zwei hohe schwarzverhüllte und mit grünen Kränzen reichverzierte Pylonen (sogenannte Flambeaux) aus einem Haine von Ziersträuchern, Blumen und Lorbeerbäumen. Auf ihrer Plattform stiegen Flammen aus hohen Trauerurnen auf. Hier sowohl wie auf der Hüfferstraße brannten die Laternen trauerumflort. Zahlreiche Kranzspenden wurden im Zuge getragen. Der Trauerzug setzte sich um 4 Uhr in Bewegung. Ihn eröffnete, Trauerweisen ausführend, unsere Dreizehner-Kapelle. Dann folgten in ihrer malerischen Tracht die Chargierten der Studenten-Korporationen der Universität Münster mit ihren 24 trauerumflorten Fahnen; hierauf die Musikkapelle des Kürassierregiments von Driesen unter Leitung des Königlichen Musikdirigenten Foitzik. Nach der funktionierenden Geistlichkeit kam sodann der Leichenwagen, dem die Orden des Entschlafenen auf einem Samtkissen vorangetragen wurden. Dem Leichenwagen folgten zunächst die beiden Barmherzigen Brüder, die den Verstorbenen während seiner Krankheit pflegten; dann die Verwandten, Vorstand und Personal des Zoologischen Gartens, sowie der in ihm tagenden Sektionen, die Dekane und Professoren der Universität mit dem Herrn Rektor Magnificus. Den Beschluß bildete eine fast unabsehbare Reihe von Trauernden aus allen Ständen und Berufsklassen. Die feierlichen Bestattungszeremonien auf dem Friedhof vollzog unter Assistenz des gesamten Pfarrklerus der Liebfrauenkirche der Herr Pfarrer Rochmeyer, während die Chargierten mit ihrem Fahnenwalde im Halbkreise das Grab umstanden.

Aus Anlaß des Hinscheidens des Prof. Dr. Hermann Landois sind in der Tuckesburg Beileidsschreiben eingetroffen von zahlreichen auswärtigen Gelehrten und gelehrten Gesellschaften, dann von Sr. Exzellenz dem Herrn Kultusminister Dr. Studt, dem hochwürdigsten Herrn Bischof Hermann von Münster, von dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Freiherrn von der Recke von der Horst Exzellenz, von Sr. Magnificenz dem Herrn Rektor der Universität Münster Prof. Dr. Leo von Savigny.
(Münst. Anz.)

Bocholt, 31. Jan. Der Milchkrieg, der Ende vor. Jahres hier entbrannte und nach einem unerquicklichen Zeitungskrieg und mehreren Redeschlachten in Interessenten mit einer Niederlage der Landwirte endigte, als deren Führer, ein Volksschullehrer und die Molkerei Bocholt im Vordergrunde standen, scheint in anderer Form wieder zu entbrennen. Weil die Bäcker-Innung, die sich hauptsächlich durch die geforderten höheren Milchpreise betroffen fühlte, seit einigen Tagen einen Teil ihres Milchbedarfs von auswärts bezieht, beschloß die Molkerei Bocholt in ihrer letzten General-Versammlung mit ⅘ Majorität die Errichtung einer — Bäckerei. Es steht außer Zweifel, daß die hiesige Bürgerschaft, die dem Widerstand der Bäcker-Innung billigere Milchpreise verdankt, es auch der Molkerei hoch anrechnen würde, wenn sie auf diese Art für billigeres Brot sorgen würde.

Letzte Drahtnachrichten

+ **Warschau**, 3. Febr. Nach Angaben des Aerztepersonals beläuft sich die Zahl der hier bei den Unruhen Getöteten auf 600, die der Verwundeten auf über 1000. Nachts wurde unter militärischem Schutze eine Massenbeerdigung vorgenommen.

✕ Kalisch, 3. Febr. Hier ist der Ausstand der Fabrikarbeiter allgemein.

)(Baku, 3. Febr. Die Arbeit ruht hier in fast allen Fabriken.

+ Tichifu, 3. Febr. Gestern trafen hier wieder 2 Dampfer mit 800 Flüchtlingen aus Port Arthur ein.

✕ New York, 3. Febr. In den westlichen Staaten herrscht eine ungewöhnliche Kälte; in den kältesten Distrikten sank das Thermometer bis auf 46 Grad unter Null; das ist eine Kälte, wie sie in den Vereinigten Staaten bisher noch nicht beobachtet worden ist.

Scharfe Luft macht die Haut spröde und rissig, dies zu vermeiden gebrauche man nur das nicht fettende, in Tuben à 50 Pfg. erh. **Myrrholinglycerin.**

Verantwortlich für den lokalen Teil: Georg Groß in Bielefeld, für den übrigen Inhalt: G. Hoffmeyer in Delde. — Rotationsdruck und Verlag von C. Hoffmeyer in Bielefeld und Delde — Expedition Bielefeld Kesselstraße 1.

Trägereisen, Fenster, Einfriedigungsdrähte, Drahtgeflechte,
ferner **Baubeschläge**
und sämtliche Eisenwaren
liefert prompt und billig
Heinr. Linnemann,
Ahlen, Bahnhof.

Bekanntmachung.

Am Montag, dem 6. Februar 1905, vormittags 11 Uhr soll im Zimmer Nr. 31 des neuen Rathauses der an der Reichspost- und Herforderstraße gelegene Bauplatz öffentlich meistbietend zum Verkauf ausgesetzt werden.

Kauflustige werden zu diesem Termine mit dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß die Verkaufsbedingungen im Termin bekannt gegeben werden und bis dahin im Rathaus, Zimmer Nr. 29, zur Einsicht ausliegen.

Bielefeld, den 20. Jan. 1905.

Der Magistrat.
Tenner.

Bekanntmachung.

Um die ausgedienten Mannschaften der Ostgalizischen Besatzungsbrigade schon vor dem 1. Oktober in Deutschland entlassen zu können, sollen die Ablösungstransporte früher abgeschickt werden und können Anmeldungen zum Eintritt bereiter Mannschaften der Reserve und der Landwehr 1. Aufgebots beim Bezirkskommando schon von jetzt ab bis zum 1. März 1905 erfolgen.

Die Kapitulationen werden bis zum 30. 9. 07 abgeschlossen, es können sich auch verheiratete Mannschaften zum Eintritt melden.

Alle näheren Bedingungen sind beim Bezirkskommando zu erfragen.

Münster, den 31. Jan. 1905.

Bezirkskommando Münster.
gez. von Krupka.



In einer Nacht verschwinden Sommersprossen, gelbe, rote Flecken, Mitesser beim Gebrauch von **Dr. Kuhns** Edelweiß-Creme 1,50 u. Seife 60. — Viele Anerkennungen. **Frz. Kuhn**, Kronenapoth., Nürnberg. Zu Oelde: **Löwen-Drogerie**, Geiststraße 35.

Th. Bernhörsters
Sanitäts-Nährzwieback
das Beste für Kinder und Kranke.
Th. Bernhörsters
— Kaiser-Zwieback —
feinster Naturbutter-Zwieback.
In allen besser. Geschäften zu haben.
Th. Bernhörsters Zwieback- u. Biskuitfabrik,
Friedrichsdorf i. W.

— Wahre Wunder wirkt —
„Veterinol-Seife"
gegen Hautkrankheiten aller Art, als Flechten (auch veraltete), Pickel, Mitesser, rote Flecken, Hautausschlag. Besonders empfehlenswert zur Kinderpflege gegen Ungeziefer und Schuppen. Aerztlich empfohlen. Amtlich beglaubigte Gutachten über erfolgte Heilung. — Zu haben in Originalstücken à 50 Pfg. in Apotheken, Drog. u. einschläg. Geschäft.
Medizinal-Seifen-Fabrik,
Stadtlohn i. Westf.

Drainrohre
in allen Weiten u. vorzügl. Qualität,
Kohlsteine
zu Massivdecken,
Falzziegel
rot u. glasiert, liefern zu billigsten Preisen
Die Ziegeleien
Gebr. Zimmermann,
Lippstadt.

Ein gut erhaltenes
Billard
mit sämtlichem Zubehör ist billig zu verkaufen. Wo, zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Kunstschreiner.
Geschickter Schreiner, auf Kirchenmöbel geübt, und ein tüchtiger
Ornamentiker
baldmöglichst gesucht.
Offerten und Lohnansprüche an
G. Brix,
Bildhauer, Cleve am Niederrhein.

Zu sofort ein tüchtiger, zuverlässiger
Fuhrmann
zum Branntweinfahren und Ackerarbeit gesucht. Lohn 450—480 Mk.
Haus Beck b. Feldhausen i. W.
F. Schmülling, Verwalter.

Statt besonderer Anzeige.
Gertrud Steffenbreer
gnt. Täpper
Franz Strathücker
Verlobte.
Liesborn, im Febr. 1905.

Stadttheater
BIELEFELD.
Freitag, den 3. Februar 1905:
Keine Vorstellung.
Sonnabend:
Vorstellung zu kleinen Preisen.
Emilia Galotti.
Trauerspiel in 5 Akten von G. E. Lessing.

Ein heller
verwandelt steife
Dr. Oetker's Backpulver Vanillin-Zucker Pudding-Pulver à 10 Pfg.
Fructin
bester Ersatz für
Honig.
Millionenfach bewährte Rezepte gratis von den besten Geschäften.

Darlehne
auf ländl. Grundbesitz
auch städtisch. Hausbesitz
bis z. höchst. Beleihung bei billigst. Beding. überallhin.
R. Schmidt, Soest,
Rathausstr. 19.

Ein gebr. Windmotor
für Maschinenbetrieb steht wegen Betriebsveränderung billig zu verkaufen. Derselbe ist noch im Betrieb zu sehen.
Witwe Lange,
Kettlinghausen bei Oelde.

Geld gibt diskret ev. ohne Bürgschaft bei ratenweiser Rückzahl. **Haacke**, Berlin, Schinkelstr. 24. Viele Dankschreiben.

Suche auf sofort oder zum 1. April d. J. ein kath. zuverlässiges
Mädchen
für Wirtschaft, Küche und Hausarbeit bei Familienanschluß.
Frau Born. Westhölter,
Ahlen i. W.

Suche zum 1. April ein
Kindermädchen.
Frau Meier Westhoff in Neubeckum.

Stelle gesucht.
Suchen für unsere Tochter Stelle zur Erlernung der Küche und des Haushalts bei Familien-Anschluß in gut katholischem Hause. Selbige ist 18 Jahre alt und war 1 Jahr im Kloster zur Ausbildung. Offerten unter **G. 100** befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Auf sofort ein tüchtiger
Schneidergeselle
gesucht. **Jos. Wersmann**, Schneidermstr., Delde, Lehmwall.

Suche zum baldigen Eintritt
einen Schneidergesellen und einen Lehrling.
Den Lehrling werde ich in der Kleidung unterhalten.
Franz Goers, Schneidermeister, Vorhelm.

Zum 1. April 1905 auf einem Pachtgute ein
kath. jung. Mädchen
zur Erlernung der Küche und des Haushaltes (am liebsten Bauerntochter) gesucht bei Familien-Anschluß. Vergütung wird event. gezahlt. Offerten unter **F. B. 8** an die Expedition d. Bl.

Krankheitshalber suche zum 1. April für Hauderei und Landwirtschaft einen zuverlässigen
Knecht.
W. Petermeyer, Lippstadt.

Suche zum 1. April einen zuverlässigen
Kutscher.
Gastwirt **Höner, Canigerloh.**

Reichhaltiges Lager
in ● humoristischen Vorträgen ● in Prosa und Poesie.
●● **Couplets** ●●
und Gesangs-Vorträge für zwei und mehrere Personen zu allen Gelegenheiten.
Stets Eingang von Neuheiten.
E. Holterdorf,
Buchhandlung,
Bielefeld, Klosterstr. I.

Rasiermesser von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit, empfiehlt
Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Foche b. Solingen.



D. R. G. M.
Nur bei mir zu haben.
Kronen-Diamant-Stahl M. 3.75
Kronen-Silber-Stahl M. 2.25. Fertig zum Gebrauch mit Etui. Für jed. Stück wird garantiert. Streichriemen M. 1.— bis M. 130. Rasierpinsel, Rasierschalen à M. —.50, Schermasse M. —.30, Rasierseife M. —.25. Rasier-Garnitur komplett in fein. Etui M. 8.—. Doppelziehriemen à M. 2.50 u. 3.—. Versand gegen Nachn. Katalog mit über 300 Abbild. bitte zu verlangen franko u. umsonst.

ZIEGELEI-
Maschinen jeder Art in anerkannt zweckmäßiger und solider Konstruktion, als: **Ziegelmaschinen** neuester Konstruktion, Leistungsfähigkeit bis zu 4000 Normalsteinen pro Stunde, **Walzwerke, Kollergänge, Tonmischer, Mühlenpressen. Reparaturen** an Ziegelmaschinen aller Systeme. Ringofen-Garnituren, Rostst äbe, Ofentüren.
Kostenanschläge kostenfrei.
Gebr. Tigges, Eisengiesserei und Maschinenfabrik, Sünninghausen i. W. Gegr. 1854.



Machen Sie einen Versuch
mit
Kummer's Kuchenmasse
(Napf-, Sand-, Vanille-, Rodon-, Gewürz-, Königs-, Kaisernapf-Kuchen, Schmalz-Gebäck.)
Dieselbe enthält sämtliche notwendigen Bestand teile ausser Milch und Butter. — Missrät nie!
Grosses Paket 65 Pfg. Zu haben in allen einschläg. Geschäften, sowie solchen Kummer's Vanillinzucker, Back- u. Puddingpulver.



Holz-Verkäufe

in den Freiherrlich von Nagel-Doornick'schen Forsten des Reviers „Wald".

I. am Montag, dem 6. Februar d. Js.,
in den Forstdistrikten kleine Fichtenbusch, Weißbuchskamp, Rotestamp, Hierschnapp, Ramshövelskamp, Hanewinkelskamp, Kuhlmannskamp, Kottmannskamp, Stemkerskamp und Großekamp:
330 Rottannen zu Brettern, Bauholz, Gerüststangen und Leiterbäumen,
ca. **525 Eichen** zu leichtem Bau-, Geschirr- u. Grubenholz,
9 Eichendeichsel,
3 Lärchen, zu Brettern und Bauholz geeignet,
ca. **575 Kiefern** zu Brettern, Bau- und Grubenholz,
1500 Kiefern-Einfriedigungsstangen und
2000 Kiefernbohnenstangen.
Anfang im kleinen Fichtenbusch vormittags 10 Uhr.
Die 330 Rottannen liegen zum größten Teile im Forstorte Grossekamp und bestehen sich darunter 40 Stämme bis zu 42 Zentimeter mittleren Durchmesser. Der Verkauf in Großekamp beginnt nicht vor 12½ Uhr.

II. am Dienstag, dem 7. Februar d. Js.,
in Eickenbrockswiese, Bötzwiese, Großekamp, Stemkershüschen, Heckersbirken, Kuhlmannskamp, Ramshövelskamp, kleine Fichtenbusch und Beilholskamp:
ca. **300 Haufen Buschen.** Hierunter 70 Haufen — Birkenholz. —
Anfang in Eickenbrockswiese am Hohenkreuz vormittags 10 Uhr.
Bornholz bei Ostenfelde, den 28. Januar 1905.

Der Rentmeister:
Trömpert.

Handels-Nachrichten.

☐ **Friedrichsfelde**, 1. Febr. (Amtl. Marktbericht). Schweine- und Ferkelmarkt. Auftrieb: 4829 Schweine, 380 Ferkel. Verlauf des Marktes: Recht reges Geschäft; Preise steigend für alle Sorten. Es wurde gezahlt im Engroshandel für Läuferschweine, 5 Mon. alt, Stück 25 bis 37 Mk., 6—7 Mon. alte 38—52 Mark, Ferkel, mindestens 8 Woch. alt, Stück 14—21 Mk., unter 8 Wochen alte, Stück 11—13 Mk.